

Kichererbsen an der Spree

Immer mehr junge Israelis zieht es nach Berlin

Kibbuz-Partys, Hummus-Cafés und ein Berlin-Magazin auf Hebräisch – in der deutschen Hauptstadt etabliert sich israelische Kultur. Das Leben sei hier freier als in ihrer Heimat, sagen viele Exil-Israelis.

VON LISA WELZHOFER
AUS BERLIN

BERLIN. Um 4 Uhr ist der Hummus alle. Mittags war viel los im Café Sababa in der Berliner Kastanienallee, und auch den Nachmittag über sind immer ein paar Tische belegt. Also schöpft Zeev Avrahami schnell die vorgekochten Kichererbsen aus dem Topf, gibt sie mit der Sesampaste Tahina und Knoblauch in die Küchenmaschine und schaltet sie ein. „Ein Leben ohne Hummus war für mich keine Option“, sagt Avrahami. Aber ein Leben in seiner Heimat Israel war es auch nicht. Also betreibt der 44-Jährige seit einem Jahr ein Hummus-Restaurant in Berlin. Und weil es offenbar vielen seiner Landsleute so geht wie ihm, läuft der Laden ziemlich gut. Sababa eben, das heißt „alles paletti“.

Immer mehr Israelis zieht es in die deutsche Hauptstadt. Nicht nur die Zahl der Touristen aus dem Land am Mittelmeer hat sich in den vergangenen zehn Jahren verfünffacht, immer mehr entscheiden sich auch hierherzuziehen. Berlin gilt als die Stadt mit der am schnellsten wachsenden israelischen Gemeinde. Genaue Zahlen zu bekommen ist schwierig. Die israelische Botschaft schätzt, dass 15 000 bis 18 000 Israelis in der Hauptstadt leben. Weil viele von ihnen die deutsche oder eine andere europäische Staatsbürgerschaft haben, hilft die offizielle Statistik des Einwohnermeldeamts Berlin nicht weiter. Dort sind derzeit gut 3100 israelische Staatsbürger gemeldet.

Zeev Avrahami, der eigentlich Journalist ist, zog mit seiner deutschen Frau vor fünf Jahren nach Berlin. Er habe immer Angst davor gehabt, in das Land zu reisen, in dem Juden ermordet wurden. „Aber wenn du vor etwas Angst hast, solltest du es dir genau ansehen, was das eigentlich ist. Dann verliert es oft seinen Schrecken.“ Heute sagt Avrahami, dass er sich auch vorstellen könnte, für immer hier zu bleiben.

In den 90er Jahren wäre das für viele Israelis noch undenkbar gewesen. Bis vor sechs Jahren gab es nicht einmal eine Direktverbindung Tel Aviv-Berlin, die Deutschkurse des Goethe-Instituts in Tel Aviv waren Ladenhüter. Heute landen täglich mehrere Flieger in der Hauptstadt, für die Sprachkurse gibt es Wartelisten. Die Enkel und Urenkel der Holocaust-Überlebenden haben ihre Berührungängste abgelegt. „Wenn eine Gesellschaft frei ist, zieht sie automatisch Juden an“ – so hat das der deutsch-israelische Publizist Rafael Seligmann in einem Interview erklärt.

Für Zeev Avrahami ist die Entwicklung allerdings nicht nur ein Kompliment an die Bundeshauptstadt, sondern auch eine Aussage über den Zustand seiner Heimat. „Ich will es mal so sagen: In Berlin wurde eine Mauer eingerissen, in Israel bauen wir immer mehr Mauern auf“, sagt der zweifache Vater und spielt damit auf die Mauer zwischen israelischem und palästinensischem Territorium an und den sich immer weiter verschärfenden Konflikt zwischen den zwei Völkern. „Für unsere Großeltern und Eltern war das gelobte Land der Sehnsuchtsort, die Zuflucht. Heute begeben sich junge Juden wieder freiwillig in

die Diaspora. Für mich entsteht so eine Art postisraelische Gemeinschaft“, sagt der Restaurantbesitzer. Und dann fügt er hinzu: „Ich weiß, dass ich mich mit solchen Aussagen bei vielen unbeliebt mache.“

Nicht alle sehen das Thema so politisch. Berlin ist ein Anziehungspunkt für junge Menschen aus der ganzen Welt. Die Lebenshaltungskosten sind nicht so teuer wie in New York, London oder Tel Aviv. Mit 400 Euro plus Miete könne man hier monatlich überleben, schreibt einer in der Facebook-Gruppe „Israelis in Berlin“. Die Stadt ist ein weltweites Zentrum für Kunst und Kultur, vielleicht das Zentrum überhaupt derzeit. Viele der Immigranten aus Nahost sind Künstler, Musiker, Tänzer, Fotografen oder im weiten Feld der Medien unterwegs.

Treffen mit Tal Alon im Café Bloody Mary in Kreuzberg. In einer Ecke des kleinen Raumes proben ein Gitarrist und eine Sängerin Stücke auf Hebräisch. „Das sind Amit und Tamar, die geben hier übermorgen ein Konzert“, sagt Tal Alon. „Amit kenne ich noch aus Tel Aviv. Wir haben ihm geholfen, eine Wohnung in Berlin zu finden.“ Tal Alon (37) ist seit dreieinhalb Jahren in Berlin. Ihr Mann ist Künstler, sie arbeitete in ihrer Heimat bei



„Man kann hier leben, ohne wie verrückt arbeiten zu müssen“

Tal Alon
Gründerin „Spitz“-Magazin



„Junge Israelis begeben sich freiwillig in die Diaspora“

Zeev Avrahami
Restaurantbesitzer

einer Zeitung als Chefin vom Dienst, gemeinsam haben sie zwei Kinder. „Wir wollten noch mal etwas ganz Neues anfangen. Berlin ist günstig. Man kann hier leben, ohne wie verrückt arbeiten zu müssen“, sagt Tal Alon.

Ganz so einfach sei ihr das Leben hier dann doch nicht gefallen. Die neue Sprache sei eine große Barriere gewesen, auch ein Stück Identitätsverlust, sagt Tal Alon. „Außerdem lebte ich lange in einer Art Blase, hatte vor allem Kontakt zu anderen Israelis hier. Es war nicht einfach, hier reinzukommen.“ Letzten Herbst hat die Journalistin deshalb eine Art Integrationsprojekt gestartet. Für sich selbst, aber auch für andere. „Spitz“ heißt es und ist das erste bislang spendenfinanzierte hebräische Magazin in der Hauptstadt. Alle zwei Monate erscheint ein Heft, die Winterausgabe zierte das Bild des grauverhangenen Berliner Müggelsees, und die Titelgeschichte ging der Frage nach, wie man als sonnenverwöhnter Israeli den Berliner Winter überstehen kann.

„Spitz“ soll so eine Art Brücke sein zwischen deutschem Alltag und Immigranten“, sagt Tal Alon. Und so erklärt sie ihren Lesern die deutsche Medienlandschaft ebenso wie die deutsche Politik. Dazu gibt es Veranstaltungstipps und Porträts hier lebender Israelis, aber auch Geschichten über Einwanderer aus anderen Nationen. „Ich wollte nicht noch eine Facebook-Gruppe gründen. ‚Spitz‘ ist ein physisch präsent Symbol für unsere Kultur in Berlin“, sagt die Gründerin.

Es gibt mittlerweile viele solcher Symbole: Hummus-Läden wie das Sababa, Meschugge-Partys in Mitte-Clubs mit israelischen DJs, einen koscheren Cateringservice. Virtuell trifft man sich in sozialen Netzwerken oder speziellen Foren zum Beispiel für israelische

Deals vor Gericht: Ja, aber...

Richterschelte von oberster Stelle – Karlsruhe ermahnt Kollegen und stellt Bedingungen für Urteilsabsprachen

KARLSRUHE (dpa/StN). Den eigenen Berufsstand ins Gebet zu nehmen ist den Bundesverfassungsrichtern sicherlich nicht leichtgefallen. Aber die Missstände bei den sogenannten Deals in der Strafjustiz sind zu offensichtlich. Im Verlangen, Verfahren möglichst schnell und unkompliziert über die Bühne zu bringen, haben etliche Richter, Staatsanwälte und Verteidiger das Recht-Sprechen aus den Augen verloren. Das müsse sich ändern, droht das Verfassungsgericht. Andernfalls sei diese Praxis nicht mehr mit der Verfassung vereinbar.

Etliche mit Deals gefundene Urteile sind nach der Karlsruher Entscheidung vom Dienstag anfechtbar und könnten neu aufgerollt werden – wie jene drei Fälle, die das oberste Gericht selbst aufhob.

Präsident Andreas Voßkuhle findet klare Worte, spricht von einer „sehr ernst gemeinten Mahnung an alle Akteure in einem Strafverfahren“. Er ermahnt Richter, Staats- und Rechtsanwälte, die rechtlichen Grundsätze nicht Praktikabilitäts-Erwägungen zu opfern, „auch wenn dies im Einzelfall viel Aufwand und Mühe kostet“. Die seit 2009 offiziell eingeführte Möglichkeit, Urteile abzu-

sprechen, sei keine Einladung zum Handel mit der Gerechtigkeit. Im Gegenteil: „Es will ihn gerade verhindern!“, sagt Voßkuhle. Grundsätzlich hat das Gericht nichts an den Verfahrensverkürzungen auszusetzen. Dass ein Richter versucht, sich mit Staatsanwaltschaft und Verteidiger auf ein Strafmaß zu einigen, wenn der Angeklagte geständig ist, hat durchaus sein Gutes: Bei Sexualdelikten müssen die Opfer nicht aussagen, und bei komplizierten Wirtschaftsprozessen muss nicht jahrelang verhandelt werden. Nicht zuletzt werden die Gerichte entlastet. Das kann auch schon einmal einen Strafnachlass wert sein.

Doch die Praxis sieht anders aus. Das machte bereits eine wissenschaftliche Studie klar, die das Verfassungsgericht anfertigen ließ. Sie zeigte, dass es merkwürdige Sitten gibt: Da werden Geständnisse nicht mehr auf ihre Richtigkeit geprüft oder Strafrahmen willkürlich festgesetzt, um Angeklagte zu erschrecken oder zu locken. Manchmal wird in der Hauptverhandlung verschwiegen, dass es längst einen Deal gibt – und nicht selten ist dieser zwischen Tür und Angel ausgehandelt worden. „Infor-



Plakat zur Kibbuz-Party in Berlin des Vereins Habait

Familien mit Kindern. Dort werden Wohnangebote weitergereicht, Tipps für Behördengänge oder die Kita-Platz-Suche ausgetauscht oder auch mal über die eigene Rolle diskutiert. Kürzlich gab es auf Facebook zum Beispiel eine Kontroverse über die Frage, ob es in Ordnung ist, wenn Israelis mit deutschem Pass, deren Vorfahren von hier stammen, von Sozialhilfe leben.



„Hier habe ich zum ersten Mal darüber nachgedacht, was es heißt, Jüdin zu sein“

Nirit Bialer
Kultur-Verein Habait

Es ist eine neue Kultur, die sich da etabliert. Eine säkulare, israelische Form, die mit der bestehenden jüdischen Gemeinde, die großteils aus Einwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion besteht, nicht viel gemein hat. Und auch mit der jüdischen Kultur der Vorkriegszeit nicht.

Noch einmal Ortswechsel ins Zula-Café im

Prenzlaer Berg. Bilder der Klagemauer und vom nächtlichen Tel Aviv hängen an den Wänden, auf der Speisekarte stehen Suppen, Hummus – natürlich –, Schakschuka, ein Gericht aus Eiern und Tomaten, und Malabi, ein Milchpudding mit Rosenwasser. Der Restaurant-Hund heißt Shisha. Nirit Bialer bestellt eine Linsensuppe, begrüßt Ofer Melech, den Besitzer, dann sagt die 34-Jährige: „Ich habe in Deutschland zum ersten Mal darüber nachgedacht, was es eigentlich bedeutet, Jüdin zu sein.“ Die Vergangenheit begegnet ihr hier an jeder Ecke.

Nicht weit vom Zula liegen der jüdische Friedhof an der Schönerhauser Allee und die Synagoge Rykestraße. Aber wenn sie sich zu Hause fühlen wolle, sagt Nirit Bialer, dann müsste sie eigentlich nach Neukölln gehen, wo viele arabische Einwanderer leben, wo sich ein Falafel- und Kebabstand an den anderen reiht.

Vor ein paar Jahren hat die junge Frau mit ein paar anderen zusammen den Verein Habait (Das Haus) gegründet. Das Ziel: junge israelische Kultur in Berlin bekannt zu ma-

chen. Deutschland habe das Goethe-Institut, Frankreich das Institut Français, Israel keine solche Einrichtung im Ausland, sagt Nirit Bialer. „Die Künstler waren ja alle schon da. Wir mussten ihnen einfach nur eine Bühne schaffen.“ Lesungen, Filmabende, Konzerte, aber auch schon eine Tel-Aviv-Beachparty am Spreuer hat Habait seither veranstaltet. Zwar hätten sie auch schon mal mit der jüdischen Gemeinde kooperiert, aber ganz bewusst nicht in deren Räumen. „Wenn wir das in einer Synagoge veranstalten, gibt es vor allem bei den deutschen Besuchern so eine Schwellenangst. Was darf ich, was darf ich nicht? Bei unseren Veranstaltungen soll es keinen Abstand geben“, sagt Nirit Bialer. Zufrieden ist sie, wenn bei der Kibbuz-Party deutsche und israelische Gäste gemeinsam Tänze aus ihrem Land tanzen.

Als Nirit Bialer vor sieben Jahren ihre Koffer in Israel packte, schenkte sie ihren Freunden einen Gutschein für Übernachtung und Frühstück in ihrer Berliner Bleibe. „Viele haben damals gesagt: Viel Spaß, aber in Deutschland kommen wir dich niemals besuchen“, sagt Nirit Bialer. Mittlerweile seien sie fast alle schon da gewesen.

Stichwort

Deal

- Geständnis gegen milde Strafe – das ist in der Regel die Vereinbarung, wenn es vor Gericht einen Deal gibt. Die englische Bezeichnung hat sich eingebürgert für Absprachen, bei denen sich das Gericht mit der Staatsanwaltschaft und dem Angeklagten auf einen Strafrahmen verständigt. Bedingung ist, dass der Angeklagte ein Geständnis ablegt.
- In Deutschland ist die „Verständigung zwischen Gericht und Verfahrensbeteiligten“ seit 2009 gesetzlich geregelt. In der Praxis haben sich die Gerichte allerdings vielfach nicht an die Regeln gehalten, wie vor dem Bundesverfassungsgericht deutlich wurde. Deshalb fordert Karlsruhe nun eine Selbstverständlichkeit: dass die Gerichte das Gesetz beachten. Ansonsten müsse der Gesetzgeber nachbessern. (dpa)

Vorwürfe entsprächen der Wahrheit – und bekam die Bewährungsstrafe. Zeugen wurden nicht mehr gehört. Später widerrief der Polizist sein Geständnis: Er habe es nur abgegeben, weil das Gericht ihn unter Druck gesetzt habe. Jetzt will er seine neue Chance nutzen, um seine Unschuld zu beweisen.